

## **Osnabrücker Friedensinitiative zur Krise um die Ukraine**

Hundert Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs verfolgen wir nun seit Monaten mit wachsender Besorgnis die gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Ukraine. Die Zuspitzungen der letzten Tage lassen befürchten, dass es zu einem militärischen Konflikt kommen könnte. Eine Eskalierung muss verhindert werden. Die Osnabrücker Friedensinitiative OFRI kritisiert daher das derzeitige Vorgehen der Europäischen Union, der USA, Russlands und der beteiligten Gruppen in der Ukraine.

**Kooperation statt Konfrontation, zivile Konfliktbearbeitung statt Sanktionen** sollte die Devise lauten.

Man muss es immer wieder sagen: Weder Russland noch die Europäische Union und die USA hätten die Ukraine so unter Druck setzen dürfen, dass sie sich entweder für eine Zusammenarbeit mit Russland oder das Assoziierungsabkommen mit der EU entscheiden musste. Dies musste zwangsläufig zu der bedrohlichen Situation führen angesichts einer politisch und gesellschaftlich gespaltenen Bevölkerung in der Ukraine.

Das vorschnelle Unterstützen der gesamten ukrainischen Opposition, die aus unterschiedlichsten Gruppen und politischen Strömungen besteht, sowie die Anerkennung der Übergangsregierung durch den Westen haben zu einer Verschärfung der Krise beigetragen. Natürlich muss man mit allen beteiligten Gruppen reden, aber das heißt nicht, dass man auch alle Kräfte unterstützen muss. Nationalistische und rechts-extreme Kräfte wie die Svoboda oder der Rechte Sektor haben in einer Regierung nichts zu suchen und das Ersetzen eines korrupten Oligarchen durch einen anderen Oligarchen löst auch keine Probleme. Zur notwendigen Sanierung der ukrainischen Volkswirtschaft sind vor allem auch die Superreichen heranzuziehen. Der jetzt unter fragwürdigen Umständen gewählte Präsident, der Schokoladen-Oligarch Poroschenko, heizt mit seinem kriegesischen Vorgehen gegen die Separatisten im Osten der Ukraine die Krise nur noch an.

Frau Timoschenko, die Gas-Prinzessin, wie sie genannt wird, wurde vom Westen hofiert und zur demokratischen Ikone stilisiert. Ihre Äußerungen z. B. zu den Vorgängen in Odessa vom 2. Mai, wo über 40 Menschen umgekommen sind, viele von ihnen verbrannt, zeigen deutlich, auf wen man sich da eingelassen hat. Unverständlich ist auch, dass unser Außenminister Steinmeier bei seinem Besuch in Odessa keinen Kranz vor dem Gewerkschaftshaus niedergelegt hat, nur weil es der gegenwärtigen Übergangsregierung aus Kiew nicht passte.

Auch das Krim-Referendum und der dann folgende Anschluss der Krim an Russland haben zu einer weiteren Konfrontation zwischen Russland und dem Westen geführt. Ein neuer kalter Krieg droht. Dies muss verhindert werden.

Dadurch, dass sowohl Russland als auch die Nato die militärischen Muskeln spielen lassen, in dem an den Grenzen Manöver durchgeführt werden oder man sich wie Putin durch das Parlament einen Freibrief für ein militärisches Eingreifen genehmigen lässt bzw. der Westen Kampfflugzeuge in den östlichen Nato-Staaten stationiert oder US-amerikanische Kreuzer im Schwarzen Meer erscheinen, heizen beide Seiten den Konflikt nur an. Die Äußerungen des scheidenden Nato-Generalsekretärs Rasmussen und führender US-Militärs, die Nato aufzurüsten und Truppen in Osteuropa und dem Baltikum zu stationieren, müssen von Russland als Bedrohung aufgefasst werden.

Notwendig ist jetzt ein politischer Dialog mit allen Beteiligten und keine Drohungen oder wirtschaftlichen Sanktionen. Der vor kurzem einberufene „Runde Tisch“ ist eine Mogelpackung, weil Vertreter der „abtrünnigen“ Regionen ausgeschlossen bleiben sollen. Es ist zu begrüßen, dass jetzt Beobachter der OSZE in der Ukraine tätig sind. Es ist aber nicht zu tolerieren, dass von den Separatisten im Osten der Ukraine diese Beobachter als Geiseln genommen werden. Alle Seiten sind aufgefordert, die Minderheitenrechte zu garantieren, in der Ukraine die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung und auf der Krim die Rechte der ukrainischsprachigen Bevölkerung und der Krimtataren. Ebenso sollten beide Seiten aufgefordert werden, die Verkehrswege und Versorgung, z.B. Elektrizität, auf der Krim aufrecht zu erhalten, um die Situation der Bevölkerung nicht noch weiter zu erschweren.

Zwischen den Kontrahenten muss Misstrauen ab- und Vertrauen aufgebaut werden. Ohne Verhandlungen, die auch die Position der anderen Seite berücksichtigen, ist keine Lösung möglich. Die Geschichte hat gezeigt, dass das Selbstbestimmungsrecht von Völkern oder Regionen nur in einem konsensualen Prozess aller Beteiligten friedlich erfüllt werden kann und nicht auf den Spitzen von Bajonetten oder durch einseitige Maßnahmen.

Wir fordern die PolitikerInnen und Verantwortlichen auf, jetzt eine Friedensinitiative zu ergreifen, damit wir auch künftig in einer friedlichen Koexistenz mit unseren Nachbarn leben.

Die Friedensbewegung fordert:

- Tut alles, um in der Ukraine einen nachhaltigen Waffenstillstand zu erreichen.
- Von EU und Bundesregierung fordern wir eine Politik zur Deeskalation in der Ukraine und zum Abbau der Spannungen mit Russland; keine Wirtschaftssanktionen! Rücknahme des „Assoziierungsabkommens“!
- Von den Medien in unserem Land verlangen wir eine sachgerechte Berichterstattung und rhetorische Abrüstung.
- Keine Toleranz gegenüber und keine Zusammenarbeit mit faschistischen Kräften in der Ukraine!
- Schluss mit der Osterweiterung der NATO! Ukraine muss bündnisfrei bleiben. Keine Waffenexporte in die Region!
- Vertrauen schaffen: z.B. durch die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und die strikte Achtung des völkerrechtlichen Gewaltverbots.

## **Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation**

## **Kalter Krieg war gestern – Frieden muss bleiben!**

[www.osnabruecker-friedensinitiative.de](http://www.osnabruecker-friedensinitiative.de)